



BERLINER NETZWERK FÜR GRÜNZÜGE

c/o Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz e.V. (BLN)

Potsdamer Str. 68, 10785 Berlin

www.gruenzuege-fuer-berlin.de/ kontakt@gruenzuege-fuer-berlin.de

Bürgerinitiativen kritisieren: Senat zieht das Planungsverfahren zum Mauerpark an sich

Das Netzwerk „Grünzüge für Berlin“ und die unterzeichnenden Initiativen kritisieren die Entscheidung des Senats, die weitere Planung des Mauerparks an sich zu ziehen. Nach der Entscheidung zu dem Wohnungsbauverfahren auf den Bukower Feldern ist dies die zweite Fehlentscheidung des neuen Senators, der damit wiederum ein drohendes Bürgerbegehren aushebeln will.

Damit gibt Senator Geisel zu verstehen, dass er die Botschaft aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld nicht verstanden hat und nicht respektiert. Schon sein Vorgänger wollte nicht begreifen, dass die Berliner Bevölkerung erkannt hat, dass der Klimawandel trotz Wohnungsmangels andere Prioritäten in der Stadtentwicklung verlangt, als eine kurzfristige Wohnungspolitik auf jeder „freien“ bzw. begrünten Fläche. Grünflächen gelten offenbar immer noch als Baulandreserven (siehe Kleingärten wie z.B. die Kolonie Oeynhausen). Die Botschaft aus dem letzten Volksentscheid lautete auch: Wir Berliner sind uns des Werts unserer Umwelt durchaus bewusst und wollen eine durchgrünte Innenstadt!

Die alten Wohnungsbau-Konzepte setzten auf Quantität statt auf Qualität und versuchten die Bürger als gleichberechtigte Planer und Stadtgestalter durch professionelle Fachmensen zu ersetzen. Dies misslang gründlich. Die Berliner Bevölkerung war und ist in punkto Klimawandel und Umweltschutz hellwach und reifer als die Berliner Politik – trotz des amtlichen Stadtentwicklungsplans Klima, der auf seine Verwirklichung im Alltag wartet.

Der Zuzug von Neuberlinern und Geflüchteten legt die Probleme einer fehlenden Wohnungspolitik der letzten zehn Jahren offen, die ein panisches, aktionistisches Handeln mit Wohnungsneubau nicht aufholen kann, da die Politik durch den Zeitdruck dann einer intensiven Bürgerbeteiligung entgegensteht. Es fehlt somit die Akzeptanz in der Bevölkerung, die sich mit langfristigen Aktionen und Prozessen wehrt. Zudem ist der Neubau nicht die einzige Vorgehensweise, da Berlin für Menschen mit niedrigem Einkommen und Transferleistungen niedrigpreisige Lösungen im Bestand bevorzugen muss. Diese lassen sich auch schneller realisieren. Ausreichend begüterte Haushalte können sich selbst helfen, da es im FlächenNutzungsPlan 1994 genügend ausgewiesene Bauflächen gibt. Angesichts des Klimawandels ist das Verhalten des Senats ein Rückfall in die Politik der Bauboomzeiten der Berliner 70er und 80er Jahre, die in Ostberlin auch durch die „Lösung der Wohnungsfrage bis 1990“ eine Entsprechung gefunden hatte. Damals galt es, innerhalb kurzer Zeit möglichst viele Wohnungen zu bauen. Die Folge in Westberlin waren unzählige Bürgerinitiativen und Hausbesetzungen, die schließlich

zu einer behutsamen Stadterneuerung mit 12 Regeln führte. Der Senat hat diesen Lernprozess offenbar vergessen – die Bevölkerung nicht! So wird die gestrige Evokation des Senats eine entsprechende Solidarisierung mit der Allianz für den Mauerpark bewirken und der Senat wird erneut eine Wahlniederlage bei seinen Bürgern heraufbeschwören.

Das Netzwerk Grünzüge für Berlin und die unterzeichnenden Initiativen fordern:

Berlin braucht eine moderne Stadtentwicklungspolitik unter Einschluss angemessener Grünpotenziale anstatt zu Lasten von Grün, die dem Klimawandel und den durch ihn verursachten erhöhten Innenstadtttemperaturen nachhaltig entgegenwirkt. Eine weitere Nachverdichtung der Innenstadt darf nicht per se das neue Credo sein. Priorität einer neuen Grünpolitik kann nur mit einer deutlichen Akzentverschiebung zugunsten von Grünzügen kreuz und quer durch Berlin mit Parks, Kleingartenkolonien, grünen Brachflächen, ehem. Bahnflächen, stärker begrünten Straßen und Höfen u.ä. gewährleistet werden.

Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik sieht anders aus: Grünflächenplanung im Zusammenhang mit Baupolitik statt Beton auf Kosten von Grün-, Naturschutz- und Klimapolitik!

Auch die Fachwelt ist sich einig: In einem Beitrag in der gestrigen Klartext-Sendung im RBB um 22.15 Uhr sprachen sich die beiden Professoren Dr. Dorothee Brantz vom Center of Metropolitan Studies der TU Berlin wie auch der Naturschutzbeauftragte des Landes Berlin, der Ökologie-Prof. Dr. Ingo Kowarik, für eine Stadtentwicklungspolitik aus, in der Wohnen zusammen mit Grün statt einer Politik Beton auf Kosten von Grünflächen gedacht und geplant wird.

„Diese neue Politik muss zusammen mit den Berlinern in Runden Tischen auf Augenhöhe (!) mit Anwohnernvertretern entwickelt und nicht von oben durchgedrückt werden. Beste Beispiele sind die Sanierung des Landwehrkanals wie auch der Park am Gleisdreieck, die in jahrelangen, nicht konfliktfreien Verhandlungen geplant und gestaltet wurden“, sagt Norbert Rheinlaender, u.a. aktiv bei der AG Gleisdreieck. Der Erfolg gibt dieser von Bürgern mitentschiedenen Politik Recht: Kosteneinsparungen und Lob durch Anerkennung durch die Bevölkerung. Selbst die Fachwelt erkennt diesen Prozess durch die Verleihung von Preisen an: Europäischer Gartenpreis 2012, Urban Quality Award 2013, Nomination für den Mies-van der Rohe-Preis 2015.

- Netzwerk Grünzüge für Berlin
- Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V.
- Bäume am Landwehrkanal e.V.
- Bürgerinitiative Westtangente e.V.
- Bürgerinitiative Stadtplanung von Unten
- Bürgerinitiative Nelly-Sachs-Park
- Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park

Für Nachfragen stehen Ihnen Norbert Rheinlaender (Tel. 030/788 33 96) zur Verfügung.